



Medium FAZ Print

Thema Gastbeitrag Prof. Kirchdörfer

Ausgabe 27.10.2023

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

STANDPUNKT

Eine Willkommenskultur für Unternehmen ist nötig

Von Rainer Kirchdörfer

Eine Stimme, die symptomatisch ist: Seit zweieinhalb Jahren wartet das Familienunternehmen aus Ostdeutschland auf die Genehmigung für seine Werkserweiterung. Es geht um eine Investition in dreistelliger Millionenhöhe. Wer meint, bei derartigen Großinvestitionen gelte durchweg „Tesla-Tempo“, wird enttäuscht. Immer wieder kommt es bei der Bearbeitung der Anträge zu Verzögerungen, Behörden widerrufen Zusagen, zig Gutachten werden eingefordert. Der Firmengründer, der mit der Wende die Aufbruchstimmung für Unternehmertum erlebt hat, versteht das nicht mehr. Dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und Kommunen hohe Gewerbesteuererinnahmen bescherten, interessiert kaum. In vielen Ämtern herrscht Desinteresse und Überforderung: Unternehmen, die neue Anlagen planen oder mehr Platz benötigen, werden nicht selten als lästig empfunden. Das führt zu einem verbreiteten Gefühl: Unternehmerinnen und Unternehmen sind unerwünscht.

So bremst sich Deutschland selbst aus. Wir haben zum Glück viele Familienunternehmen, die trotz der aktuellen Schwierigkeiten global kräftig wachsen. Sie haben dennoch kaum Chancen, in akzeptabler Zeit ihre Kapazitäten in Deutschland zu erweitern. Es gibt Betriebe, die selbst in strukturschwachen Regionen ihre Investitionspläne kappen mussten. Grund: sofort formierte sich Widerstand und auf eine jahrelange Hängepartie für ein neu geplantes Werk können sie sich nicht einlassen. So vergibt Deutschland Chancen und demotiviert Unternehmer und ihre Nachfolger.

Familienunternehmen sind für ihre Standorttreue bekannt. Rund 60 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Familienunternehmen. Die 500 größten Familienunternehmen haben zuletzt in Deutschland mehr als doppelt so viele neue Arbeitsplätze geschaffen wie Dax-Konzerne in Streubesitz. Doch die Stimmung ist im Keller. Neue Investitionen gehen wegen schlechter Standortbedingungen immer öfter ins Ausland. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer der Hauptgründe ist nach einer aktuellen Befragung des Ifo-Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen die Bürokratie. Doch es ist nicht allein das Übermaß an Regulierung, die Unternehmer vertreibt. Dies liegt auch an der Gleichgültigkeit und dem Langmut in vielen Behörden.

Hier müssen wir ansetzen, wenn unser Land effizienter und schneller werden soll. Dass dies geht, zeigen die USA. Familienunternehmen, die in den USA tätig sind, berichten, dass sie nach wenigen Wochen eine Baugenehmigung erhalten. Die einzelnen Bundesstaaten der USA unterhalten Organisationen für wirtschaftliche Entwicklung ihrer Regionen, leisten umfassende Unterstützung für Investoren aus dem Ausland, helfen etwa bei der Suche nach Immobilien. Mit eigenen Büros locken „Commerce Authorities“ von Arizona bis North Carolina, schicken ihre Gouverneure auf Tour durch Europa und laden Start-ups und Familienunternehmen zum Kennenlernen ein. Die Unternehmer erleben jenseits des Atlantiks eine Mentalität des Kümmerns. In Deutschland werden Unternehmer dagegen oft als Bittsteller behandelt.



Natürlich können und wollen sie keine Vorzugsbehandlung beanspruchen. Doch das Bewusstsein, dass hinter den Neu- und Ausbauplänen die Aussicht auf Innovationen, neue Jobs und Perspektiven stehen, scheint uns abhandengekommen zu sein.

Desinteresse und
Überforderung der Ämter
verschleppen
Genehmigungsverfahren.

Sicherlich müssen Behörden das ausbaden, was der Gesetzgeber ihnen aufgetragen hat: eine immer komplexere Regulierung. Bürokratieabbau ist schon deshalb drängend, damit die Verwaltung ihre Aufgaben noch erfüllen kann. Dazu bedarf es der Konzentration. Nicht nur der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst erzwingt, dass die Politik bei der Regulierung Schwerpunkte setzt und nicht ständig neue Aufgaben schafft. Wir benötigen das administrative Personal auf elementaren Feldern: dazu gehören beispielsweise die Bildung, die Bauämter und die Finanzverwaltung. Wenn der Gesetzgeber seine Regelungswut weiter auslebt, überfordert er nicht nur Bürger und Unternehmen, sondern auch die Verwaltung. Wie kann es passieren, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) für die Kontrolle des Lieferkettengesetzes 100 Mitarbeiter neu einstellt, wenn derselben Behörde in wichtigen Bereichen Personal fehlt? Die Behörde Bafa ist auch für die Exportkontrolle in Deutschland verantwortlich. In diesem Bereich gibt es seit einiger Zeit einen gewaltigen Antragsstau. Unternehmen beklagen, dass Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen viele Monate liegenbleiben. Es fehlt schlicht an Personal. Das wiederum führt zu Ärger bei ausländischen Kunden, die nicht verstehen, warum „Made in Germany“ keine pünktliche Lieferung mehr umfasst.

Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung beschlossen. Das reicht nicht. Bisher konzentrierte sich der Bund auf öffentliche Infrastrukturvorhaben. Doch die meisten Investitionen tätigen private Unternehmen. Für sie müssen sich Planungszeiten verkürzen. Mit der jetzigen deutschen und europäischen Regulierung sind wir auf dem Weg zum dysfunktionalen Staat. Wir benötigen wieder mehr staatliche Selbstbeschränkung, damit marktwirtschaftliche Prozesse ihre Kraft entfalten.

Rainer Kirchdörfer ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik.